

Abgeordnetensitzung für Sicherheit Kammer verabschiedete vier neue Gesetze

Mit großen Differenzen in den Auffassungen über die Aufgaben der Polizei und Einverständnissen in anderen Bereichen eröffnete die Abgeordnetenkammer am Mittwoch eine Debatte zwischen denen, die die Gesetze verschärfen wollen und jenen, die es ablehnen, unter dem Druck der Öffentlichkeit vorschnelle Entscheidungen zu treffen. Die Debatte wird in der kommenden Woche mit der eingehenden Analyse der 30 Artikel, die am Mittwoch generell verabschiedet wurden, fortgesetzt. Diese sollen den Betrieb privater Sicherheitsunternehmen regeln. Daneben wurden vier Gesetzesprojekte verabschiedet, die jetzt an den Senat weitergegeben werden. Es sind vier weitere Änderungen des Strafgesetzes:

* Verschärfung um ein Drittel sowohl des Mindest- als auch des Höchststrafmaßes für Erwachsene über 18 Jahren, die Straftaten unter Beteiligung von Minderjährigen begehen, sich derer bedienen oder sie zur Begehung anstiften.

* Unterlassene Hilfeleistung: Geldstrafen bis zu 12.500 Pesos für Personen, die einem unter zehn Jahre alten, verlassenen oder obdachlosen Kind oder einer verletzten oder behinderten Person oder jemandem, der sich in Gefahr befindet, nicht helfen.

* Verstärkung des Rechtes auf Verteidigung im mündlichen Prozeß mittels der Erlaubnis zur Verlesung von handschriftlichen Notizen.

* Strafrechtliche Verantwortlichkeit von in einen Konkurs verwickelten Mitgliedern einer Handelsgesellschaft oder in Liquidati-

on befindlichen Finanzgesellschaft, etc.

In diesem Zusammenhang gab es nur eine Gegenstimme, die des Progressivdemokraten Alberto Natale, der mit statistischen Daten beweisen wollte, daß mit Strafverschärfungen keine Verminderung der Delikte zu erreichen sei. Natale trat allerdings für die Verstärkung der Rolle der Polizei in der Verbrechensverhütung ein.

Justizialisten und Allianzabgeordnete bewegten sich mit deutlich unterschiedlichen Gesichtspunkten und Kriterien auf getrennten Wegen.

Besonders bitter bekämpften sich der Menemist Miguel Pichoto und Diana Conti vom Frepaso, Ex-Beraterin von León Arslanián, als dieser Justizminister war. Zum ersten Mal gerieten sie in der Kommission für Strafgesetzgebung, deren Vorsitzender Guillermo Aramburu ist, aneinander. Die Auseinandersetzung wurde dann am Mittwoch in der Kammer fortgesetzt.

Während der PJ die Kriminalität stärker bekämpfen will, legt die Allianz größeren Wert auf den Umgang mit den individuellen Rechten von Personen. Für die Justizialisten ist die konsequente und harte Verbrechensbekämpfung eine Forderung der Gesellschaft - und kommt außerdem in einem Wahljahr sehr gelegen. Schon vor Monaten sagte der seinerzeitige Vizeinnenminister Jorge Matzkin zu den Abgeordneten der Fraktion, deren Chef er einmal gewesen war: „Gesetze mit harter Hand durchzudrücken, bringt Zinsen in der Wahl.“ Umfragen bestätigten dies.

Ruckauf verliert Senatskasse Finanzkrise im Oberhaus schlägt Wellen

Die Finanzkrise, die der Senat derzeit durchmacht, dessen Ausgaben in den letzten Monaten explodierten, bescherte Carlos Ruckauf herbe Unannehmlichkeiten. Seine Verwaltungssekretärin, Matilde Guerrero, die seit 1995 für den Vizepräsidenten arbeitet, mußte wie drei weitere leitende Angestellte der Kammer zurücktreten. Wie verlautet, prüft Ruckauf in seiner Eigenschaft als Senatspräsident die Möglichkeit, die Handhabung der Verwaltung abzugeben, wie dies seinerzeit Isabel Perón getan hatte. Die Sprecher Ruckaufs, der Gouverneursvorkandidat des Duhaldismus in der Provinz Buenos Aires ist, sagten jedoch, ihr Chef wolle sich dazu nicht äußern. Der Senator Osvaldo Sala aus Chubut beklagte, es würde wohl niemand vor den Internwahlen des PJ von einem Versagen Ruckaufs sprechen wollen. Die Position des Vizepräsidenten im Senat sei stärker als je zuvor.

Der neue Verwaltungssekretär ist einer von Eduardo Menems Mannen. Es handelt sich um den Notar Víctor Pereyra, der seit mehreren Jahren im Senat tätig ist. Derart wird Eduardo Menem direkte Kenntnis von allen Ausgaben bekommen, die in Zukunft getätigt werden. Nach der Nominierung von den Nachfolgern für die Zurückgetretenen genehmigte das Wirtschaftsministerium eine Finanzspritze in Höhe von 1,6 Millionen Pesos für die Begleichung von Schulden, so die Bezahlung der fälligen Telefon-, Wasser-, Gas- und Stromrechnungen. Ein Teil der Schulden ist auch eine Rechnung von Aerolíneas Argentinas über 600.000 Pesos für die Flugkarten der Senatoren. Das Unternehmen droht, keine Tickets mehr zu liefern.

Das Vorgehen des Wirtschaftsministeriums erweckte bei nicht wenigen den Verdacht, daß die menemistische Regierung die Probleme Ruckaufs als Minuspunkte für den Kandidaten Duhalde ausschalten möchte.

Zwei Frauen rangeln um ein Rathaus Mary Sánchez und Pinky wollen Bürgermeisterin werden

Sie scheinen weit entfernt von einer Einigung, und sowohl die eine als auch die andere sagt im Brustton der Überzeugung: „Die Kandidatin bin ich!“ Es handelt sich um Mary Sánchez (Frepaso) und Lidia „Pinky“ Satragno (UCR) von der Allianz, die dem PJ in La Matanza die Butter vom Brot nehmen wollen. Die Rivalität zwischen beiden besteht offensichtlich weiterhin, obwohl sie doch an sich längst der Vergangenheit angehören sollte, denn die Vereinbarungen zwischen UCR und Frepaso für die Verteilung der Ämter in der Provinz Buenos besagen, daß die Bürgermeisterkandidaten entsprechend den Resultaten der Internwahlen der Allianz im vergangenen Jahr nominiert werden. Da bekommt der Frepaso 13 der 134 Rathäuser, und für eines von ihnen, eben La Matanza, wurde Mary Sánchez nominiert.

Die Vereinbarung wurde am Dienstag bekannt, als die Präsidentschaftsformelpartner Fernando de la Rúa/Chacho Alvarez und die Kandidaten für den bonaerenser Gouverneur und Vize Graciela Fernández Meijide/Melchor Posse auf einer Veranstaltung in Avellaneda die Kandidaten vorstellten. Kein Zweifel also, wer der Allianz-Kandidat in La Matanza ist. Dessenungeachtet weist Pinky, als Lidia Satragno geboren, darauf hin, daß ihr ein Vorrecht auf die Kandidatur garantiert worden sei. Die Radikale zitiert auch das Resultat einer Umfrage über die Präferenzen der Wähler. Demnach würden 47 Prozent der Bürger für sie stimmen, wenn sie kandidierte. Der jetzige Bürgermeister Héctor Cozzi, der die Wiederwahl anstrebt, bekäme danach nur 31 Prozent. Mary Sánchez beunruhigt dies nicht, denn Umfragen entscheiden gar nichts.

Menem nach dem 10. Dezember

Der Versuch von Präsident Carlos Saul Menem, eine dritte Wiederwahl zu erreichen, ist schliesslich gescheitert. Im Parlament erreicht er nicht die notwendige Zweidrittelsmehrheit für eine Verfassungsreform in diesem Sinn, und der Oberste Gerichtshof ist nicht bereit, diese Reform durch Interpretation der Verfassung durchzusetzen. Somit muss sich Menem damit abfinden, dass er ab 10. Dezember 1999 nicht mehr Präsident ist. Für einen Machtmenschen wie er, der in dieser Beziehung eher wie ein arabischer Scheich denkt, der die einmal eroberte Macht nie abgibt, ist das eine bittere Pille. Dennoch bleibt Menem ein mächtiger Mann in der argentinischen Politik, und dürfte sich auch bemühen, im Jahr 2003 wieder gewählt zu werden, sofern er bis dahin noch lebt und gesund ist.

Wenn Eduardo Duhalde zum Präsidenten gewählt wird, ist die Machtposition Menems gefährdet. Er hat zwar jetzt erreicht, dass er bis zum Jahr 2003 Parteivorsitzender bleibt; aber ein Präsident hat immer eine phänomenale effektive Macht, so dass er die Position des Parteipräsidenten schwächt. Das kann sogar so weit gehen, dass Menem schliesslich von seinem Posten auch zurücktreten muss. So war es 1988, als Antonio Cafiero die interne Wahl gegen Carlos Menem verlor und sich danach gezwungen sah, als Parteipräsident zurückzutreten. Duhalde braucht Menem jetzt, um die Wahl zu gewinnen; danach kann er langsam auf ihn verzichten.

Wenn Fernando de la Rúa hingegen zum Präsidenten gewählt wird, liegt der Fall ganz anders. Dann ist Duhalde zunächst politisch liquidiert, wie es die harten Regeln der Politik für Verlierer einer Wahl vorschreiben. Menem wäre dann der mächtige Mann in seiner Partei, umso mehr als Duhalde auch Kritik an seiner Wirtschaftspolitik geübt hat, und diese Kritik dann eben nicht durch das Volk bestätigt worden wäre. Diese Macht wird durch den Umstand besonders gross, dass der Justizialismus eine grosse Präsenz in den politischen Strukturen beibehält. Halten wird fest:

- Im Senat behält der Justizialismus die Zweidrittelsmehrheit.
- Etwa zwei Drittel der Gouverneure wurden vom Justizialismus gestellt.
- Die Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofes, mit mehrheitlich Menemtremen Richtern, bleibt vorerst bestehen, da die Richter bis zu ihrem Pensionierungsalter im Amt bleiben und vorher nur durch einen komplizierten politischen Prozess abgesetzt werden, bei dem der Senat in seiner Eigenschaft als Richterrat entscheidet. Was in diesem Fall die Absetzung noch mehr

erschwert.

● Der gegenwärtige Zentralbankpräsident Pedro Pou bleibt während der ganzen nächsten Regierung im Amt, es sei denn er tritt freiwillig zurück oder er wird durch einen politischen Prozess seines Amtes enthoben, wobei auch hier der Senat entscheidet.

Unter diesen Umständen ist es klar, dass De la Rúa sich mit Menem verständigen muss. Das kann sogar so weit gehen, dass er ihm die Ernennung des Kabinettschefs überlässt, so dass es zu einer Art französischer „cohabitation“ kommt (als der Sozialist Mitterand Präsident und der liberal-konservative Chirac Premierminister war). Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass De la Rúa in vieler Hinsicht Menem näher steht als dem linken Flügel der Allianz, bestehend aus Alfonsín und seinen Leuten und den Frepaso-Politikern. De la Rúa könnte somit aus der Not eine Tugend machen und seine Position durch eine ungeschriebene Koalition mit Menem festigen.

Der scharfe politische Analytiker Rosendo Fraga hat diese Problematik in der Zeitung „Ambito Financiero“ untersucht und dabei einen Vergleich von Menem mit Perón angestellt. Letzterer hat während seines 18jährigen Exils nie erlaubt, dass seine Partei mit anderen Personen an die Macht gelangt. Entweder hat er weisse Stimmzettel empfohlen, also legale Wahlenthaltung, oder er hat den Ausschluss („proscripción“) des Peronismus provoziert, oder er hat Kandidaten aufgestellt, die in der damaligen Machtkonstellation nicht zugelassen wurden, auch wenn sie die Wahlen gewannen, wie es bei Andrés Framini bei der Gouverneurswahl von 1962 der Fall war. Gelegentlich hat Perón sogar die Partei geteilt, um einen Triumph zu verhindern, wie es 1965 bei einer Gouverneurswahl in Mendoza der Fall war. Perón steuerte damals stets auf Konfrontationskurs. Fraga fragt sich, ob ein Machtmensch wie Menem in dieser Hinsicht nicht gleich handelt, auch wenn er sich sonst stark von Perón unterscheidet, sowohl im Inhalt seiner Regierungspolitik, wie in seiner Weltanschauung und seinem Regierungsstil.

Gewiss kann Menem sich nicht offen für De la Rúa aussprechen. Aber er kann die Wahlkampagne von Duhalde stören, indem er Kritik an ihm übt, seinen treuen Gefährten unterschwellig die Weisung erteilt, Duhalde nicht zu unterstützen, und auch dadurch, dass er die Phantasie der neuen Wiederwahl am Leben erhält. Wollte Menem wirklich, dass Duhalde gewinnt, so müsste er sich jetzt, sechs Monate vor der Wahl, mit voller Kraft für ihn einsetzen. Und gerade das tut er keineswegs.

Edesur will doch bezahlen

Befolgung der ENRE-Resolution soll Prozeß verhindern

Nach vielem Sträuben, hartnäckigem Widerstand und der lautstarken Versicherung, die von der ENRE verhängte Geldbuße habe weder eine legale noch rechtliche Basis, informierte das Elektrizitätsunternehmen Edesur am Mittwoch, es werde die „außergewöhnliche Buße“ für den historischen „apagón“ im Februar begleichen.

Die Resolution 292 der Ente Nacional Regulador de la Electricidad (ENRE, Kontrollbehörde für die Stromlieferung) hat verfügt, daß das Unternehmen seinen privaten Kunden, wenn diese zwischen 10 und 24 Stunden Stromausfall hatten, 90 Pesos als Entschädigung bezahlen muß. Dauerte die Stromsperrung mehr als einen Tag, muß Edesur 100 Pesos plus 3,75 Pesos für jede Stunde ohne Strom bezahlen.

Das bedeutet 90 Pesos für jeden Tag über den ersten hinaus. Mit dieser Berechnung ergibt sich für Kunden, die den ganzen „apagón“ hindurch, 10 Tage und drei Stunden, keinen Strom hatten, ein Betrag von 1.011,25 Pesos.

Es ist noch nicht geklärt, wie die Zahlung erfolgen wird. Das Unternehmen hat in einem Pressecommuniqué mitgeteilt, daß der Zahlungsmodus in einigen Tagen festgelegt werden sollte, wenn die ENRE ihr Einverständnis gegeben habe. Edesur informierte die Handelskammer darüber, daß es für die Bezahlung der Buße 75 Millionen Dollar bereitstellen müsse. Diese

Zahl beinhaltet die Beträge, die das Unternehmen bereits als freiwillige Wiedergutmachung bezahlt hat. Fachleute schätzen, daß die Gesamtkosten für Edesur rund 90 Millionen Dollar ausmachen.

Alles begann am 15. Februar um 3.14 Uhr morgens mit einem Brand, der die „subestación“ (Verteiler) Azopardo lahmlegte. Sie war erst 45 Tage zuvor eröffnet worden. Das Feuer war die Ursache dafür, daß die Stromlieferung für 156.140 Kunden zum Erliegen kam, was im Endeffekt mehr als eine halbe Million Menschen bedeutet. Edesur kostete es elf Tage harter Arbeit, allen seinen Kunden definitiv wieder Strom zu liefern. Am Ende gab es einen riesigen Wirbel, und inmitten einer harschen Polemik über die Privatisierungen trat der Hauptgeschäftsführer von Edesur, Jaime Manzano Tagle, von seinem Posten zurück. Die Kontrollbehörde ENRE, die sich Verletzung der Aufsichtspflicht vorwerfen lassen mußte, trat dann am 21. Februar die Flucht nach vorn an und erließ die Resolution 292, die Edesur empfindlich traf. Nach langem Sträuben bot das Stromunternehmen die Bezahlung einer Barentschädigung an, die 40 Prozent niedriger war als die von ENRE verhängte Buße.

Als Bedingung dafür verlangte man, daß ein Verzicht auf weitere Entschädigungen unterschrieben werden sollte. Im Rahmen eines Sturmes der Entrüstung wurden auch Stimmen laut, die von Erpressung sprachen.

Río Tercero war Attentat oder Sabotage

Sachverständigengutachten verwirft Unfallhypothese

Die Explosion in der Militärfabrik Río Tercero am 3. November 1995 war kein Unfall. Diese Erkenntnis erhärtet die Indizien, daß sie provoziert wurde, um mögliche Spuren der Waffenhandelsmanöver verschwinden zu lassen, in die Argentinien zwischen 1991 und 1995 verwickelt war. Diese bedeutsame Folgeerkenntnis ist das Ergebnis einer Untersuchung, die von einer Gruppe von Sprengstoffachtleuten und Chemikern am Montag auf dem Schießplatz von Fabricaciones Militares (Militärfabriken) in Serrezuela, 300 Kilometer nordöstlich von Córdoba, durchgeführt wurde.

Die drei Unfallsvarianten, die als Auslöser der Flammen angenommen wurden, die die nachfolgende Kettenexplosion entfesselten, wurden verworfen. In allen drei Fällen produzierte der Versuch nicht einmal Rauch.

- Der „Lupen-Effekt“ - Sonnenstrahlen erhitzen ein Glas und dieses entzündet den Sprengstoff TNT - wurde vor Beginn des Tests verworfen, weil um 9 Uhr morgens, als das Werk in die Luft flog, diese Variante unmöglich war.

- Der „Funken des Gabelstaplers“ Yale, der an beiden Seiten die Nummer 13 gemalt hat, konnte den Plastiksprengstoff, den einer der Sachverständigen an den Auspuff geklebt hatte, in zwei Minuten - so lange dauerte der Versuch - nicht einmal anschwärzen.

- Ebensovienig kamen das TNT und ein weiterer Sprengstoff zur Explosion, nachdem man zwei brennende Zigaretten in die Fässer geworfen hatte, in denen sich kleine Mengen der Sprengstoffe für den Test befanden.

Bundesstaatsanwalt Roberto Massuet war der Teilnehmer an den Tests, der mit seiner Schlußfolgerung das aussprach, was zu diesem Zeitpunkt bereits klar war: „Mit den bisher erreichten Ergebnissen kann man davon ausgehen, daß die Explosion

kein Unglücksfall war.“ Auf die Frage eines Journalisten, ob es also Attentat oder Sabotage gewesen sei, wollte Massuet aber nicht antworten.

Tatsächlich gab es vor den Tests am Montag zwei Hypothesen: Unglücksfall, in Übereinstimmung mit den Gutachten von Gendarmerie und Bundespolizei; oder provozierte Explosion. Letztere Hypothese scheint jetzt bestätigt. In einem neuen Licht erscheinen jetzt auch, so Bundesstaatsanwalt Carlos Stor-nelli, der die illegalen Waffenver-

käufe an Ecuador und Kroatien untersucht, die Reihe mysteriöser Todesfälle von Verdächtigen und Zeugen seit der Explosion und die Manöver zum Verschwindenlassen von Beweisen. Im Bundesgericht von Río Cuarto unterdessen wird die Fertigstellung einer Buchprüfung erwartet, die eine Differenz von 40.000 Geschossen für Geschütze klären soll, die vor der Explosion im Inventar waren und dann verschwanden. Sicher scheint nur, daß sie nicht in die Luft flogen.

Duhalde sieht keine Annäherung

„Der Präsident hat seine persönliche Sicht der Dinge“

Gouverneur Eduardo Duhalde schloß am Dienstag die unmittelbare Erreichung einer Übereinstimmung mit Carlos Menem aus. „Es gibt keinerlei Fortschritt in meiner Beziehung zum Präsidenten. Er hat seine persönliche Sicht der Dinge und wir stimmen in vielen Aspekten nicht überein“, erklärte Duhalde. Auf dieser Basis schloß der bonaerenser Gouverneur die Möglichkeit einer Konsenslösung für die Wahl des Präsidentschaftskandidaten des PJ aus. „Hier gibt es nichts auszuhandeln, die Bürger müssen ihre Kandidaten wählen. Diese hingegen müssen ihre Programme, ihre Projekte, die Allianzen, die sie eingehen wollen, präsentieren und danach

vom Parteikongreß ratifizieren lassen“, versicherte Duhalde in einem Radiointerview.

Derart scheint die Einberufung zu einem PJ-Kongreß, der die Spielregeln einer Internwahl für die Kür des Präsidentschaftskandidaten festlegt, unwahrscheinlich, wenn nicht eine Vorverhandlung zwischen Menemisten und Duhaldisten stattfindet. Diesem delikaten Geschäft widmet sich eine Gruppe von Gouverneuren des Journalismus, zu der Ramón Puerta (Misiones), Arturo Lafalla (Mendoza) und Juan Carlos Romero (Salta) gehören.

In beiden Lagern wird versichert, daß diese Mandatare eine Einberufung ohne „Pferdefuß“

garantieren. Daher auch, so verlautet, könnte die Idee eines Kongresses in einer dieser Provinzen durchaus gedeihen. Der Ort, an dem der Kongreß stattfinden soll, ist tatsächlich einer der Verhandlungspunkte. Man schätzt, besonders im menemistischen Lager, daß die Durchführung sowohl in der Hauptstadt als auch in der Provinz Buenos Aires nicht zweckdienlich wäre. Ein möglicher Ort, der auch schon bei dem umstrittenen Kongreß im Nordpark genannt wurde, könnte Santiago del Estero sein, wo der Veteran Carlos Juárez das Sagen hat. „Er ist schon jenseits von Gut und Böse“, stellte dazu am Dienstag ein Parteimanager des PJ fest.

Superschnellzug

Die bonaerenser Regierung und die elf Bürgermeister der Orte, die der Hochgeschwindigkeitszug auf der Strecke von Buenos Aires nach Necochea passieren wird, haben beschlossen, ein Angebot des deutschen Konsortiums Adtranz über den Bau zu prüfen. Gouverneur Eduardo Duhalde und die Bürgermeister vereinbarten die Schaffung einer Sonderkommission, die ein Gutachten über die Durchführbarkeit des Projektes erstellen wird. Das Projekt, das für die Provinz einen Kostenaufwand in Höhe von 600 Millionen Dollar bedeutet, schließt den Bau von modernen Waggons, neuen Gelenken und rund 100 Brücken ein.

Neuer Chef im Rechnungshof

Peronist Vicente Brusca kontrolliert Ausgaben von Buenos Aires

Die Stadtlegislative hat am Dienstag ihr Einverständnis zur Ernennung des Justizialisten Vicente Brusca zum Chef der Auditoría General (Buchprüfungsbehörde, Rechnungshof) erteilt. Es ist eine Nachricht von nicht geringer Bedeutung, besonders inmitten der Wahlkampagne. Brusca wird, zusammen mit sechs Beisitzern, damit beauftragt sein, die Ausgaben in der Amtsführung des Präsidentschaftskandidaten der Allianz, Fernando de la Rúa, zu überwachen.

Das Gesetz wurde fast einstimmig verabschiedet. Die Nueva Dirigencia widersetzte sich

der Ernennung, weil sie den Vorsitz in der Behörde gern selbst übernommen hätte, der nach der Stadtverfassung der ersten Minderheit gebührt. Der Justizialismus seinerseits enthielt sich bei den die Beisitzer betreffenden Artikel, die proportional die Parteien repräsentieren sollen, weil er selbst keinen bestimmt hatte.

Sowohl die Nueva Dirigencia als auch der PJ haben elf Abgeordnete. Damit sind sie gemäß der Stadtverfassung gleich hinsichtlich der Bedingungen für die Einstufung als erste Minderheit. Allerdings bekam in der Wahl von 1996 der PJ mehr Stimmen als die Partei von Gustavo

Beliz. Das Gesetz, mit dem die Auditoría geschaffen wurde, stammt von August 1998, und seit damals diskutierten die Abgeordneten über die Namen der Liste. Die Allianz entschied sich für eine Definierung der Namen mit „politischem Kriterium“, wie die Fraktionschefin Gabriela González Gass erklärte. Derart wurde dem PJ sein Recht auf den Vorsitz in der Behörde zuerkannt, aber als es zur Designierung der Beisitzer kam, blieben vier für die Allianz und zwei für die Nueva Dirigencia. Brusca wurde durch die Stimmen von PJ und Allianz unterstützt, während die Partei von Beliz gegen ihn stimmte.

Duhalde und de la Rúa Kopf an Kopf

Umfrage über Wählerpräferenzen ergeben nur vier Punkte Differenz

Die justizialistische Formel Eduardo Duhalde-Ramón Ortega übertrifft in den Wahlpräferenzen für die Präsidentschaftswahlen das Zweigespann der Allianz Fernando de la Rúa-Chacho Alvarez um vier Punkte, wie aus einer am Sonntag veröffentlichten Umfrage hervorgeht. Allerdings ergaben sich umgekehrte Werte, wenn die Frage nur dem Präsidentschaftskandidaten galt - hier machte der Chef der Stadtregierung das Rennen vor dem bonaerenser Gouverneur.

Die Erkenntnisse ergeben sich aus einer vom Wahlkampagnenteam Duhaldes bei dem Institut Mora y Araujo y Asociados in Auftrag gegebenen Befragung auf Landesebene, in deren Rahmen zwischen 1. und 9. April 1.391 Interviews durchgeführt wurden.

Hinsichtlich der Wahlformeln für den 24. Oktober sprachen sich 38 Prozent der Befragten für Duhalde-Ortega aus, während an zweiter Stelle 34 Prozent de la Rúa-Alvarez den Vorzug gaben. An dritter Stelle, weitab vom eigentlichen Kampfgetümmel, wird die eventuelle Formel Domingo Cavallo-Gustavo Beliz von der Allianz Acción por la República-Nueva Dirigencia genannt, die gerade acht Prozent erreicht. Von den Befragten gaben 14 Prozent an, weiße Stimmzettel abgeben oder nicht wählen zu wollen, sieben Prozent waren noch unentschieden.

Gemäß der Umfrage Mora y Araujos kehrt sich das Ergebnis um, wenn nur der Name des Präsidentschaftskandidaten genannt wird. De la Rúa erreichte bei dieser Frage die Zustimmung von 22 Prozent der Befragten, Duhalde 18 Prozent, erst lange danach taucht Ortega mit neun Punkten auf. Unter ‚ferner liefern‘ könnte man auch die acht Prozent von Carlos Menem und die jeweils vier Prozent von Reutemann und Cavallo einstufen.

Drastischer verzerrte sich das Ergebnis noch, wenn die Befragung als geschlossene angestellt wurde, das heißt, wenn der Befragte ‚seinen Präsidentschaftskandidaten‘ aus einer Kandidatenliste wählen mußte. De la Rúa bekam so 31 Prozent und Duhalde 21, das heißt zehn Prozent weniger. Danach kamen, weit im Hintertreffen, Ortega mit zehn Prozent, Carlos Menem mit neun Prozent und Reutemann und Cavallo mit jeweils sechs Prozent.

Im Zusammenhang mit den Präferenzen für eine politische Partei stimmt das Umfrageergebnis von Mora y Araujo mit der Tendenz anderer Untersuchungen überein, die auf eine bessere Position der Justizialistischen Partei hinweisen.

Kongreß hat Wichtiges vergessen

Rund 1.900 Normen, die das Leben des Landes in fast allen Bereichen bestimmen, könnten am 25. August ihre Geltung verlieren, wenn der Kongreß sich nicht beeilt, sie noch vor diesem Tag zu ratifizieren. Es handelt sich um Dekrete, Resolutionen oder Rundschreiben der Exekutivgewalt aus den letzten 100 Jahren. Das Schlußdatum ist in einer bisher übersehenen Übergangsklausel der Verfassung festgeschrieben, und jetzt sind Abgeordnete und Senatoren auf der Suche nach einem Ausweg aus dem Rechtswirrwarr. Eingeschlossen in die delikate Situation sind die Mehrzahl der Rundschreiben der Zentralbank, die Resolutionen der Steuerbehörde DGI und zahlreiche Dekrete der Regierung. Wenn keine Lösung gefunden wird, könnte die absurde Situation entstehen, daß der Kongreß beispielsweise über ein Gesetz abstimmen müßte, um eine einfache Resolution der DGI zu reformieren.

Die Konstituantenmitglieder von 1994 schlossen in die Verfassung eine Übergangsklausel ein, die nicht die gleiche Verbreitung fand wie jene, die Präsident Carlos Menem verbietet, sich im Oktober um eine zweite Wiederwahl zu bewerben. Die achte Klausel bestimmt, daß alle der Exekutive vom Parlament seit dem vergangenen Jahrhundert gewährten Vollmachten am 25. August erlöschen. Seit der Reform sind fünf Jahre vergangen. Die Parlamentarier selbst geben zu, daß das turbulente Klima der letzten Zeit, geprägt durch die Hackerei zwischen Menemismus und Duhaldismus, das Auslaufen der Gültigkeitsfrist dieser Übergangsklausel in der Verfassung in Vergessenheit geraten ließ. Erfolgt nicht noch vor dem 25. August die Verabschiedung eines ratifizierenden Gesetzes, das den Konsens aller Fraktionen und der Regierung braucht, besteht die Gefahr der Entstehung eines rechtsfreien Raumes.

Demnach geben 35 Prozent der Befragten dem PJ den Vorzug vor der Allianz, die 29 Prozent erreicht.

Das von Duhalde geführte Doppel ist offiziell noch nicht die Formel des PJ. Wenn sie auch als ganz klar erscheint, muß sie doch noch die Internwahlen am 4. Juli passieren, die der bonaerenser Gouverneur gerne auf Ende Mai vorverlegen möchte. Nachdem Carlos Reutemann erklärt hat, daß er sich nicht am „Wahlrennen“ beteiligen wird, bleibt der Menemismus ohne Kandidat. Der einzige interne Rivale ist jetzt der Gouverneur von San Luis, Adolfo Rodríguez Saa.

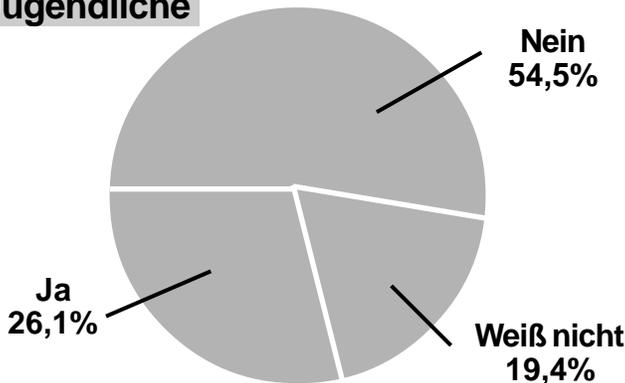
Für die Partei Acción por la República-Nueva Dirigencia wurden acht Prozent der Stimmen ermittelt, in einem Moment der Spannung in der Koalition angesichts des Gerüchtes, Cavallo könnte sein Streben nach der Präsidentschaft aufgeben, sich um die Stadtregierung bewerben und Duhalde auf Landesebene unterstützen. Ursprüngliche Idee des Ex-Wirtschaftsministers war die Erreichung eines guten Resultates auf Landesebene, um dann als „Dritter Mann“ zwischen Duhalde und de la Rúa in einer eventuellen Ballottage aufzutreten. Doch entsprechend den Berechnungen seiner Mitarbeiter wird die Präsidentschaftswahl einen hohen Grad von Polarisation zwischen PJ und Allianz aufweisen, was eine erhebliche Verschlechterung seiner Aussichten bedeuten würde.

Sollte er sich am Ende zu einer Bewerbung um die Stadtregierung entschließen, müßte Cavallo auch sein Verhältnis zu Beliz neu überdenken, der bis jetzt der Kandidat der Koalition für die Nachfolge von de la Rúa ist.

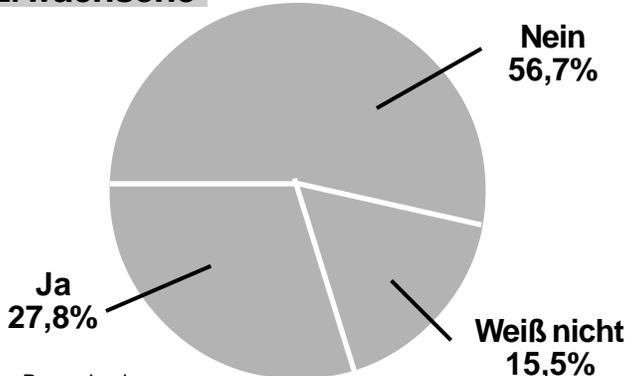
Pro + Contra

Sollte man in Argentinien die Todesstrafe einführen?

Jugendliche



Erwachsene



Quelle: Demoskopia

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Antisemitische Drohungen

Vertreter des Dachverbandes jüdischer Vereinigungen in Argentinien (DAIA) haben am Dienstag Anzeige bei Bundesrichter Carlos Liporaci wegen antisemitischer Drohungen erstattet, nachdem im Stadtteil Once Flugblätter mit Nazi-Emblemen aufgetaucht waren.

Nation in Waffen

Nach offiziellen Zahlen sind im ganzen Land 1,8 Millionen Waffen im Landeswaffenregister (RENAR) registriert. Im vergangenen Jahr wurden bei der Behörde 90.000 neue Anträge gestellt. Mehr als eine Million befindet sich im Besitz von Privatleuten; 400.000 gehören Streitkräften, Polizei, Präfektur und Gendarmerie, und der Rest privaten Sicherheitsunternehmen. Daneben aber gibt es die illegalen, nicht angemeldeten Waffen, nach Schätzungen allein in Hauptstadt und Provinz Buenos Aires um eine Million.

Frepaso-Interna

Chacho Alvarez hat am Wochenende versichert, daß er den

Frente Grande von Río Negro nicht intervenieren werde, weil dieser nicht in die Allianz gehen wollte. Andererseits aber kündigte er an, daß er zusammen mit Fernando de la Rúa nach Río Negro fliegen wolle, um die Koalition zu unterstützen, die für die Wiederwahl des radikalen Gouverneurs Pablo Verani eintritt.

Sozialisten fordern

Das Nationalkomitee der Volkssozialisten (Partido Socialista Popular, PSP) hat neuerlich offene Internwahlen des Frepaso gefordert, in deren Rahmen der Kandidat für die Stadtregierung gekürt werden soll. Der PSP unterstützt Dante Caputo, der gegen Anibal Ibarra vom Frente Grande und Antonio Cartañá von den Demokratischen Sozialisten antreten soll.

Edi: „Warum nicht?“

Der Senator Eduardo Menem hat am Sonntag seine Beteiligung an der PJ-Internwahl als Kandidat für die Präsidentschaft nicht ausgeschlossen. „Bis zum letzten Tag für die Registrierung der Listen könnte es immer noch

eine Alternative geben“, sagte Menem und fügte auf die Frage, ob er sich als Alternative zu Duhalde oder Adolfo Rodríguez Saá sehe, hinzu: „Warum nicht?“

Reutemann ante portas

Entgegen anderslautender Äußerungen versicherte jetzt Carlos Reutemann, er würde sich in den nächsten vierzehn Tagen entscheiden, ob er in Santa Fe als Gouverneurskandidat antreten werde. Jedenfalls aber schickte er in Erklärungen für die Presse voraus, es sei „schwer, nein zu sagen“. Er beabsichtige, einen Mann aus Rosario als Formelpartner zu gewinnen.

Eduardo Menem gegen Todesstrafe

Senator Eduardo Menem hat sich am Montag gegen die Todesstrafe ausgesprochen, eine Maßnahme, die der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde angesichts der Welle der Unsicherheit vorgeschlagen hatte. Der Bruder des Präsidenten bat, man möge doch den Pakt von San José in Costa Rica respektieren, den auch Argentinien unterzeichnet habe. Gemäß diesem internationalen Abkommen können Unterzeichnerstaaten, die die Todesstrafe abgeschafft haben, sie nicht wieder einführen.

Wahlkampagnenchefs

Ein „Triumvirat“ von Parteimanagern, geführt von dem Botschafter bei der OEA, Julio César Araoz, wird sich der Organisation der Wahlkampagne der Formel Duhalde-Ortega widmen. Dazu gehören Alberto Iribarne vom Duhaldismus und Pablo Fontdevila für den Ortégismus.

Ruckauf sagt ja

Vizepräsident Carlos Ruckauf hat am Dienstag die Einladung

Antonio Cafieros zu einer öffentlichen Debatte über seine Vorschläge für die Provinz Buenos Aires angenommen. Der Gouverneurskandidat für den Duhaldismus stellte seinem menemistischen Rivalen die Bedingung, daß sein Formelpartner, Felipe Solá, dabei sein müsse. Cafiero hatte nichts dagegen und bat, zu der TV-Debatte auch Eduardo Duhalde einzuladen.

Ruckaufs 'Veni, vidi, vici'

In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Rouvier y Asociados hat die Formel Carlos Ruckauf-Felipe Solá für die bonaerenser Provinzregierung 40 Prozent mehr Stimmen im PJ als die Formel Antonio Cafiero-Federico Scarabino bekommen.

Corach in Europa

Innenminister Carlos Corach hat im Rahmen seiner Europareise am Dienstag in der polnischen Hauptstadt Warschau ein Abkommen über argentinisch-polnische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus, Rauschgifthandel und dem organisierten Verbrechen unterzeichnet. Außerdem wurde vereinbart, Informationen über Geldwäsche sowie wissenschaftliche Erkenntnisse bei der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels auszutauschen.

Kürzungen auch für niedrige Renten

Das Projekt der Regierung, den zukünftigen Rentnern die Mindestleistung von 200 Pesos ersatzlos zu streichen, wird einen wesentlich größeren Personenkreis umfassen, als ursprünglich verlautete. Es werden nämlich nicht nur höhere Renten betroffen, sondern auch jene Leistungen unter 700 Pesos monatlich, wie in der Regierungsvorlage vorgesehen ist. Allerdings ist das nicht die einzige Neuigkeit. Das Versprechen von Wirtschaftsminister Roque Fernández, die derzeitige Mindestrente auf 190 Pesos zu erhöhen, wird nicht im Dezember erfüllt, sondern erst im Februar 2000. Außerdem wird ihr Ausmaß begrenzt sein, denn es sollen damit nicht die 1,2 Millionen Empfänger der Mindestrente beglückt werden, sondern nur 400.000. Begründet wird dies damit, daß die 800.000 Rentner, die den Armutzuschlag (subsidio a la pobreza) zu ihrer Mindestrente beziehen, keinen Rechtsanspruch auf die Rentenerhöhung hätten.

Die Zahlen wurden in der Donnerstagssitzung des Kabinetts in der vergangenen Woche vom Wirtschaftsminister präsentiert. Das Projekt, das vom Kongreß beraten werden muß, geht von der Abschaffung des staatlichen Beitrags aus, mit dem die Regierung allen Rentenbeziehern das gleiche Mindesteinkommen garantiert, unabhängig von der Höhe der von ihnen geleisteten Beiträge. Die Leistung heißt Prestación Básica Universal (PBU, Allgemeine Grundleistung). Die PBU, die derzeit zwischen 200 und 230 Pesos pro Monat beträgt, wurde 1994 mit der letzten Reform des Altersversorgungssystems eingeführt. Sie obliegt dem Staat und finanziert sich aus den Arbeitgeberbeiträgen. Alle zukünftigen Rentner des öffentlichen Systems (ANSES) und auch die des privaten (AFJP) haben Anspruch darauf. Daher stellt die PBU die Rentenbasis des 1994 reformierten Altersversorgungssystems dar.

e-mail im Argentinischen Tageblatt

Die neuen Adressen

e-mail:
info@tageblatt.com.ar

Internet:
www.tageblatt.com.ar

SERVICIOS DIGITALES S.A.

EESPECIALISTA EN

Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones Interactivas, Documentos Electrónicos, Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
 Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@maus.com.ar

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Stark gesunkene Industrieproduktion

Der Index über die Industrieproduktion, den das Studienzentrum (Centro de Estudios para la Producción, CEP) des Staatssekretariates für Industrie, Handel und Bergbau monatlich ausarbeitet, ergibt für März eine Abnahme von etwa 10% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Die definitive Zahl steht noch aus. Auch der Index des privaten Studieninstitutes FIEL ergibt eine Abnahme, aber von 11,7%, die nicht nur für März 1999 gegen März 1998 gilt, sondern auch für das ganze Quartal. Das ist ein gewaltiger Rückgang, wobei man berücksichtigen muss, dass im 1. Halbjahr 1998 der wirtschaftliche Aufschwung sich noch in voller Fahrt befand, so dass Spitzenwerte mit Werten verglichen werden, die womöglich im Tiefpunkt der Rezession liegen.

Der CEP-Bericht bringt im einzelnen folgende Veränderungen (in Prozenten):

Branche

	März 99/ März 98	1.Q. 99/ 1.Q.98
Abnahmen:		
Kfz.....	52,2	50,7
Stahl.....	16,3	22,9
Aluminium.....	13,3	8,5
Stromkonsum der Industrie	8,4	4,6

Zunahmen:

Milchprodukte .	19,0	21,6
Pflanzliche Öle	16,9	67,5
Bier	14,4	8,5
Zigaretten	12,8	1,5
Rindfleisch	11,8	5,7
Zement (Lieferungen)	2,2	1,6

Die Abnahme des Stromkonsums entspricht etwa der des BIP und weist darauf hin, dass die Zunahmen eher Ausnahmen sind. Die Zunahme bei Speiseöl (und eventuell auch Leinöl) ist auf die hohe Ernte von Ölsaaten und die Erweiterung der Produktionskapazität der Industrie zurückzuführen, ist demnach ein normales Phänomen. Bei Bier ist die Produktionszunahme klimatisch bedingt, da März anormal hohe Temperaturen aufwies. Bei Rindfleisch ist schwer zu sagen, ob die Zunahme echt ist, oder ob es gelungen ist, die schwarzen Schlachtungen einzudämmen. Auffallend ist die Zunah-

me bei Milchprodukten, bedenkt man, dass die Exporte nach Brasilien, die sehr bedeutend sind, drastisch zurückgegangen sind.

Massnahmen zur Förderung der Industrie

Staatssekretär Guadagni weist in seinem Bericht auf besondere Massnahmen hin, um die Industrie zu begünstigen. Zur Förderung der Exportbemühungen der Industrie wurden folgende Massnahmen getroffen:

a. Verringerung der Unternehmensbeiträge zum Rentensystem. Die Verringerung der Arbeitskosten, berichtigt gemäss Produktivität, als Folge der Herabsetzung der Beiträge wird auf 10% (verglichen mit dem 2. Halbjahr 1998) geschätzt und auf 35% verglichen mit dem Stand von 1991. Was hier verschwiegen wird, ist dass die Unternehmen auf der anderen Seite durch die Zinssteuer und in vielen Fällen auch die Steuer auf den vermuteten Mindestgewinn zusätzlich belastet werden, wobei dies in viele Fällen die Herabsetzung der Beiträge für das soziale System mehr als ausgleicht.

b. Unlängst wurden die Rückvergütungen für zahlreiche verarbeitete Nahrungsmittel, hauptsächlich Konserven, erhöht. Gesamtwirtschaftlich will man hier die Exporte dadurch erhöhen, dass Produkte mit zusätzlichem Mehrwert exportiert werden. Man will veranlassen, dass die Industrie jetzt den direkten Weg zum Supermarkt im Ausland findet. Besser wäre es gewesen, wenn diese Exportsubventionen etwas mehr erhöht worden wären, jedoch die Rückvergütungen bei der Grundlage der Gewinnsteuer nicht ausgeschlossen werden. Allein, das erfordert ein Gesetz; dies wurde von Roque Fernández mehrmals vorgeschlagen (zum letzten Mal anlässlich der jüngsten Steuerreform), wurde jedoch jedes Mal im Kongress gestrichen. Wenn die Rückvergütungen den Gewinn erhöhen, besteht kein Grund um sie von der Steuer auszuschliessen; wenn sie einen Verlust decken, dann zahlen sie ohnehin keine Gewinnsteuer.

c. Die Rückvergütungen für

Kfz-Exporte ausserhalb des Mercosur wurden unlängst erhöht, sowohl für fertige Kfz, wie für montierte Teile. Das ist in gewissen Fällen von Bedeutung, bei denen bestimmte Modelle oder Teile an Drittländer exportiert werden, hat jedoch gesamthaft eine beschränkte Bedeutung, da der Kfz-Markt weltweit gesättigt ist und es äusserst schwierig ist, Automobile, Lastwagen, Kleinlaster, Omnibusse und Chassis zu exportieren.

d. Die Rückgabe der MWSt. an Exporteure wurde beschleunigt. Während zwischen 1991 und 1998 die Gesamtexporte um 119% zugenommen haben, stiegen die Rückgaben der MWSt. um 500% (wobei allerdings der Satz von 16% auf 21% erhöht wurde). Im ersten Bimester 1999 lag der Betrag der Rückgabe der MWSt. um 1% über der gleichen Vorjahresperiode, obwohl die Exporte um 21% niedriger waren. Im März lag der Betrag um 103% über März 1998, so dass das 1. Quartal eine Zunahme von 12% verzeichnet. Dennoch sind die Industrieunternehmer nicht zufrieden.

Das Problem ist nicht nur finanziell, sondern auch bürokratisch. Die Kontrolle der Rückgabe der MWSt. ist sehr kompliziert, da geprüft werden muss, ob diese Steuer vorher auch effektiv gezahlt worden ist. Die AFIP kontrolliert faktisch sehr wenig. Diese Kontrolle sollte privatisiert werden, um Betrügereien zu vermeiden, aber gleichzeitig eine Beschleunigung der Auszahlung herbeizuführen.

Die offizielle Information führt eine Reihe von Massnahmen auf, die zur Belebung des Binnenmarktes bestimmt sind.

a. Bezahlte Verschrottung von Kfz. Das System ist soeben effektiv in Kraft getreten. Voraussichtlich dürfte es gut funktionieren, da die Subvention dieses Mal nicht in bar ausgezahlt wird, sondern gegen Steuern verrechnet wird. Letztes Mal funktionierte die Barzahlung eben nicht, so dass das System kaum effektive Wirkung hatte. Dieses System dürfte zu einem zusätzlichen Verkauf von gut 50.000 Kfz in diesem Jahr führen.

b. Änderung der Gesetzgebung über Leasing. Die Regie-

Randglossen

Gouverneur Duhalde lässt bereits durchblicken, welche Kabinettsminister ihn im Fall eines Wahlsieges begleiten werden. Das künftige Kabinett soll durch die Bezeichnung „föderal“ verschönert werden, womit Duhalde offenbar den Widerstand der Inlandsprovinzen gegen den Gouverneur der mächtigsten Provinz Buenos Aires brechen will. Ob ihm das gelingt, wird sich am Wahltag zeigen. Im Kabinett soll sein langjähriger Finanzminister Jorge Remes Lenicov das Wirtschaftsressort betreuen, was längst bekannt ist. Ihn sollen mehrere justizialistische Gouverneure begleiten, deren jetzige Ämter am 10. Dezember erlöschen. Das soll den föderalen Charakter des Kabinetts untermauern. Ob Ex-wirtschaftsminister Cavallo das Amt des Kabinettschefs anvertraut werden wird, wie ebenfalls durchsickerte, bleibt freilich abzuwarten. Sein Temperament dürfte unvereinbar sein mit einem mächtigen Präsidenten und selbstbewussten föderalen Ministern.

Der Präsident der provinzeigenen Bank von Buenos Aires, Ex-wirtschaftsminister Carlos Sánchez, musste den Hut nehmen, weil er angeblich auf Wunsch der Gewerkschaft der Bankbeamten eine Aufbesserung zumal der höchsten Gehälter im Auge hatte, die im Umfeld der grassierenden Rezession und Kassennot in der öffentlichen Hand nicht zu vertreten ist. Gouverneur Duhalde verzichtete auf seine Mitarbeit, womit er ein Signal gesetzt hat, dass die Stabilität im Lande viel wirksamer unterstützt als die schönsten Reden. Gelänge es der Gewerkschaft, der zweitgrössten Bank im Land eine massive Gehaltszulage aufzubrummen, dann würden alle Banken mit gleichen Forderungen bedrängt werden. Der Konzentrationsprozess im Bankgewerbe würde sicherlich beschleunigt werden, wenn kleine Banken mit verteuerten Gehaltskosten ausscheiden. Die unterschwellige Inflationsdebatte wurde durch Duhalde im Keim abgewürgt.

zung hat dem Kongress ein Projekt zugeleitet, das die Verwendung dieses Systems für den Kauf von Kapitalgütern und dauerhaften Konsumgütern steuerlich attraktiver gestaltet. Die Zahl der Leasing-Verträge ist in Argentinien 360 Mal geringer als in den USA, 120 Mal geringer als in Japan, 24 Mal geringer als in Brasilien, 22 Mal geringer als in Frankreich und 4 Mal geringer als in Kolumbien und Mexiko. Berichtigt man die Verhältnisse gemäss BIP, so liegt Argentinien immer noch anormal niedrig. Wenn das neue System effektiv ist, wird es wohl auch erhöhte Käufe herbeiführen. Leider haben die Abgeordneten und Senatoren jetzt andere Sorgen, so dass sie sich wenig um diese Angelegenheit kümmern und man über die Verabschiedung dieses Gesetzes nicht optimistisch sein kann.

c. Zollherabsetzung für Kapitalgüterteile von 16% auf 6%, wenn sie für Fabrikationsprogramme von Kapitalgütern (einschliesslich Informatik und Telekommunikation) bestimmt sind, und nicht im Mercosur erzeugt werden. Das soll der lokalen Industrie von Maschinen und Anlagen die Möglichkeit geben, ihre Produkte stärker mit importierten Teilen zu integrieren und somit zu verbilligen und eventuell dabei auch einen Kredit des ausländischen Lieferanten zu erhalten, der dann an den Endkäufer weitergegeben wird.

d. Das Antidumpingverfahren wurde beschleunigt, wobei Argentinien unter den Ländern zählt, die am meisten kompensatorische Zölle oder Mindestimportpreise für die Verrechnung des Zolles und der MWSt. einführen. 1997 waren es 22 Fälle, 1998 18 und 1999 bis zum 19.4.99 drei.

e. Die Liste der Waren, die beim Import privat kontrolliert werden, wurde unlängst stark erhöht und soll noch weiter zunehmen.

f. Beim temporären Import von Kapitalgütern wurde ein Konsultationsverfahren beim Unterstaatssekretariat für Industrie eingeführt, um eventuellen Schaden für die lokale Industrie zu prüfen. Indessen besteht das Hauptproblem bei Halbfabrikaten, die theoretisch binnen einer bestimmten Frist wieder ausgeführt werden müssen. Hier besteht ein gewaltiger Betrug, zum

Schaden der lokalen Industrie, der in der Praxis nur durch private Kontrolle verhindert werden kann.

Die Regierung muss sich mit der Rezession abfinden, die sich auch in den Zahlen über Industrieproduktion widerspiegelt und durch die Baisse bei Commodities und die Brasilien-Krise verursacht wurde. Dennoch besteht keineswegs eine passive Haltung, wie sie Wirtschaftsminister R. Fernández vorgeworfen wird. Gewiss kann dieser den meisten Wünschen aus der Privatwirtschaft nicht entgegenkommen, die auf weniger Steuereinnahmen und mehr Staatsausgaben hinauslaufen, also versuchen, die Krise auf den Staat abzuwälzen. Aber es bestehen viele Möglichkeiten, wie die oben dargestellten, um die

Berichtigte Zahlungsbilanz

Nach monatelangen Berechnungen, die besonders mühselig waren, gelang es der Wirtschaftsführung, mit einer berichtigten Zusammenstellung der Zahlungsbilanz aufzuwarten. Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterstehen dem Programmierungssekretariat unter Staatssekretär Rogelio Frigerio (Enkel), dessen Mitarbeiter Julio J. Nogués, vormals Beamter der Weltbank, und Jorge Rodríguez (nicht identisch mit dem Kabinettschef gleichen Namens) die umfassenden Zahlen zusammengestellt haben. Die Meinungsverschiedenheiten mit den Fachbeamten des Internationalen Währungsfonds, die zumal die Schätzungen der Auslandsvermögen sowie deren Erträge betrafen, sind inzwischen ausgeglichen worden. Die berichtigte Zahlungsbilanz wurde im Einvernehmen mit den Fachbeamten des Fonds ausgearbeitet, so dass künftig keine Differenzen mehr zu erwarten sind. Der Fonds beanstandete jeweils die Schätzungen der Zinserträge, die die Wirtschaftsführung als Aktivposten der Leistungsbilanz zu verbuchen pflegte, so dass deren Defizite geringer ausgewiesen wurde.

Die Leistungsbilanz umfasst den Warenhandel und allerlei Dienstleistungen, darunter hauptsächlich Frachten und Passagen, Tourismus, Zinsen, Dividenden und Royalties, sowie einseitige Transfers wie Altersrenten und Familienhilfen.

Auswirkung der Krise zu mildern. Das wichtigste ist jedoch dabei die langsame finanzielle Normalisierung, mit Senkung der Zinsen. Was hier fehlt, ist die Erleichterung des Zuganges der kleinen und mittleren Unternehmen zum Bankkredit zu vernünftigen Zinsen. Es ist kein einfaches Problem, kann jedoch zumindest teilweise gelöst werden. Die Senkung der Zinsen ist der wichtigste Faktor, um die Rezession zu verkürzen; insofern ist die schon eingetretene Entwicklung erfreulich. Würde der Wirtschaftsminister bei der Budgetfrage nachgeben und ein viel höheres Defizit hinnehmen, dann würden wohl die Zinsen nicht sinken, da die Finanzwelt dann Gefahr wittern würde. Darüber sollten sich die Privatunternehmer voll bewusst sein.

Den Ausgleich zur Zahlungsbilanz liefert die Kapitalbilanz mit Direktinvestitionen und Krediten, so dass die Veränderungen der Währungsreserven der Zentralbank für eventuelle Differenzen gutstehen. Ein Defizit der Leistungsbilanz, wie es Argentinien stets ausweist, wird durch einen Überschuss der Kapitalbilanz ausgeglichen, wobei die Währungsreserven ab- oder zunehmen.

Zunehmendes Defizit der Leistungsbilanz

Die revidierte Zahlungsbilanz vergleicht die neuen mit den vorherigen Zahlen. Dabei schauen höhere Defizite der Leistungsbilanz heraus. Die Revisionen wurden von 1992 bis 1998 vollendet. Im Ausgangsjahr betrug das Defizit der Leistungsbilanz je US\$ 5,5 Mrd. neu und vorher, 1993 US\$ 8,0 bzw. 7,6 Mrd., 1994

US\$ 10,9 bzw. 10,0 Mrd., 1995 US\$ 4,9 bzw. 2,8 Mrd., 1996 US\$ 6,4 bzw. 3,9 Mrd., 1997 US\$ 12,0 bzw. 9,3 Mrd. und 1998 US\$ 14,7 bzw. 11,6 Mrd. In den letzten vier Jahren beträgt die Differenz zwischen der vorherigen und der neuen Schätzung zusammen US\$ 11,6 Mrd., im Jahresdurchschnitt nahezu US\$ 1,6 Mrd. mehr Defizit als bisher ausgewiesen worden war.

Diese Zahlen wirken sicherlich besorgniserregend. In Prozenten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausgedrückt, wie sie weltweit gehandelt werden, schwankte der Fehlbetrag der Leistungsbilanz nach revidierten Zahlen zwischen 2,4% 1992, 3,1% 1993, 3,9% 1994, 1,8% 1995, 2,2% 1996, 3,7% 1997 und 4,3% 1998. Letzterer Prozentsatz des BIP liegt um 0,9% über dem bisher angenommenen von 3,4%.

Die von Wirtschaftsexperten weltweit als erträglich angesehene Höchstgrenze beträgt konventionell 4% des BIP. Darüber hinaus melden sich Bedenken über die Zahlungsfähigkeit des Landes an. Dass Argentinien 1998 diese Schallgrenze übersprungen hat, muss die Wirtschaftsführung, die massgebenden Politiker und die Unternehmenschaft schlechthin zur Besinnung verleiten, damit uferlose Schuldenmacherei, die die Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Gläubigern anhebt und die Zinsenlast vermehrt, vermieden wird. Trotz freiem Zahlungsverkehr, Wirtschaftsöffnung und Globalisierung muss jedes Land auf seine eigene Wirtschaftsschöpfung bedacht sein, damit sie im Gleichgewicht mit dem Ausland gehalten wird.

Die revidierte Zahlungsbilanz von 1992 bis 1998 sieht folgendermassen aus:

Zahlungsbilanz von 1992 bis 1998 (in Mrd. US\$)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Leistungsbilanz	-5,4	-8,0	-10,9	-4,9	-6,4	-12,0	-14,7
Warenverkehrrsaldo	-1,3	-2,3	-4,1	2,3	1,7	-2,1	-3,2
Dienstleistungssaldo	-2,4	-3,2	-3,6	-3,3	-3,3	-4,1	-4,2
Rentensaldo	-2,3	-2,9	-3,5	-4,4	-5,2	-6,1	-7,6
Einseitige Transfers	0,7	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3
Kapital- und Finanzbilanz	8,9	13,4	12,4	6,5	11,9	16,5	17,2
Bankensektor	0,9	-1,6	2,0	4,4	-0	-1,4	2,6
Nichtfinanzieller Staatssektor	1,2	7,0	3,9	5,7	8,8	7,9	9,3
Nichtfinanzieller Privatsektor	6,7	8,1	6,4	-3,6	3,1	10,1	5,2
Irrtümer und Unterlassungen	-0,1	-1,2	-0,8	-1,6	-1,6	-1,2	0,9
Variation der Währungsreserven	3,2	4,2	0,6	-0,1	3,8	3,2	3,4

Ausser den bescheidenen Transfers (Altersrenten als Einnahmen und Familienüberweisungen der Gastarbeiter als Ausgaben), die jeweils etwa eine halbe Milliarde Dollar im Jahr ausmachen, weisen alle Posten der Leistungsbilanz negative Zeichen auf, am meisten Renten und Dienstleistungen. Als hochverschuldetes Land mit wachsenden Auslandsinvestitionen muss Argentinien Zinsen, Dividenden und Royalties bezahlen, die ebenso wie die Dienstleistungen (Frachten, Passagen und Tourismus) die Leistungsbilanz belasten, wobei der Warenverkehr ebenfalls defizitär ist.

Diese jährlichen Fehlbeträge werden durch Investitionen, Finanzanlagen und Kredite mehr als ausgeglichen, so dass in allen sieben Berichtsjahren ausser im Tequilakrisenjahr 1995 die Währungsreserven der Zentralbank kräftig zugenommen haben. Allerdings sei berücksichtigt, dass diese Reservenzunahmen nicht auf eigener Wirtschaftsschöpfung, sondern auf Kapital und Krediten aus dem Ausland beruhen, die künftig vermehrt verzinst werden müssen. Anders würde die Zahlungsbilanz aussehen, wenn die Währungsreserven durch Überschüsse in der Leistungsbilanz kraft positiven Saldi des Warenverkehrs und der Dienstleistungen wachsen würden.

Man muss sich deshalb bewusst bleiben, dass die Zahlungsbilanz mit zunehmenden Währungsreserven weitgehend auf Auslandspump beruht, nicht auf eigener Leistung. Umso mehr müssen sich Regierungen, Politiker, Unternehmer und Gestalter der öffentlichen Meinung darum bemühen, den argentinischen Kredit zu verbessern, der allein dafür sorgt, dass die Defizite der Leistungsbilanz durch Überschüsse der Kapitalbilanz ausgeglichen werden, ohne die der landesweite Pleitegeier drohen würde.

Private und staatliche Schulden

Die Zahlen über die Zinslast beruhen auf Schätzungen der Verschuldungen. Hierbei fällt auf, wie stark und schnell sich die privaten Schulden im Ausland, die von der Zahlungsbilanz berücksichtigt werden, vermehren. Im Jahr 1991 betru-

gen diese Schulden nur US\$ 3,5 Mrd., die sich danach kontinuierlich auf US\$ 5,5 Mrd. 1992, US\$ 9,7 Mrd. 1993, US\$ 13,5 Mrd. 1994, US\$ 17,9 Mrd. 1995, US\$ 20,5 Mrd. 1996, US\$ 28,9 Mrd. 1997 und US\$ 34,9 Mrd. 1998 verzehnfacht haben. Letztere Schuldenzahl setzt sich zusammen aus Schultiteln für US\$ 16,5 Mrd., davon US\$ 12,5 Mrd. Obligationen, ferner Verbindlichkeiten gegenüber internationalen Finanzanstalten für US\$ 836 Mio., Gläubiger der öffentlichen Hand für US\$ 2,3 Mrd., beteiligte Banken für US\$ 981 Mio., direkte Bankschulden für US\$ 12,2 Mrd., die zumeist laufende Importschulden für Waren und Kapitalgüter sind, sowie Lieferantenschulden für US\$ 1,9 Mrd.

Dieser überraschend hohe und wachsende Schuldenstand der Privatwirtschaft beruht sicherlich auf den kräftigen Wachstumsraten des BIP von jeweils über 7% in sechs der acht Berichtsjahre. Wirtschaftswachstum, gepaart mit expandierenden Investitionen aus dem Ausland, geht stets einher mit wachsender Verschuldung gegenüber Banken und Bondsinhabern.

Diese zunehmende private Verschuldung im Ausland beruht zudem auf der Zinsdifferenz im Vergleich zur inländischen Verschuldung. Weil Argentinien infolge des hohen Staatsdefizits kein Investment grade, lies Solvenzbeurteilung, genießt, verschulden sich Unternehmer billiger im Ausland und belasten die Zahlungsbilanz mit Zinszahlungen. Nur ein Ausgleich der Staatskonten kann eine allgemeine Zinssenkung im Inland bewirken, die die Zahlungsbilanz entlastet.

Die staatlichen Bondsschulden haben sich insgesamt von US\$ 40,2 Mrd. Ende 1991 auf US\$ 81,3 Mrd. Ende 1998 verdoppelt. Davon halten Auslandsresidenten US\$ 52,5 Mrd. an Titeln in Auslandswährungen sowie \$ 1,5 Mrd. an inländischen Papieren, zusammen US\$ 54,0 Mrd. Inländische Residenten werden mit US\$ 21,0 Mrd. Bonds in Auslandswährungen und \$ 6,2 Mrd. in inländischen Papieren, zusammen US\$ 27,2 Mrd. ausgewiesen. Ausser dieser Auslandsschulden in Gestalt von Bonds von US\$ 54,0 Mrd. ist die öffentliche Hand gegenüber internationalen Finanz-

anstalten sowie Banken und Lieferanten verschuldet.

Die gesamten öffentlichen und privaten Auslandsschulden haben sich in sieben Jahren von US\$ 61,1 Mrd. Ende 1991 auf US\$ 139,3 Mrd. Ende 1998 mehr als verdoppelt, von denen freilich die Devisenschulden in Hän-

den von Inländern sowie die Nullkuponbons der Brady-Umschuldung abzuziehen sind, die die Brady-Bonds Par und Discount garantieren, so dass knapp über US\$ 100 Mrd. verbleiben, für die Argentinien gegenüber dem Ausland öffentlich und privat haftet.

Direkte Auslandsinvestitionen

Die direkten Auslandsinvestitionen, deren Erträge die Zahlungsbilanz ebenfalls belasten, werden mit US\$ 4,3 Mrd. für 1992, US\$ 2,7 Mrd. für 1993, US\$ 3,4 Mrd. für 1994, US\$ 5,2 Mrd. für 1995, US\$ 6,5 Mrd. für 1996, US\$ 8,0 Mrd. für 1997 und US\$ 5,6 Mrd. für 1998 ausgewiesen. Von letzterem Betrag entfallen US\$ 697 Mio. auf Gewinnreinvestitionen, US\$ 2,9 Mrd. auf Zu-

schüsse, US\$ 59 Mio. auf Schulden gegenüber Mutterhäusern und US\$ 2,0 Mrd. auf Käufe bestehender Unternehmen.

Die gesamten Auslandsinvestitionen haben sich von US\$ 15,8 Mrd. 1992 auf US\$ 45,4 Mrd. 1998 in nur sechs Jahren verdreifacht, auch ein Zeichen des Vertrauens ausländischer Investoren in die argentinische Wirtschaft.

Argentinisches Auslandsvermögen

Auf der anderen Seite halten argentinische Residenten ein beachtliches Vermögen im Ausland. Die jüngsten Ermittlungen geben für Ende 1997 ein Auslandsvermögen privater nichtfinanzieller Residenten (Einzelpersonen und Familien, ausgenommen Banken und Finanzanstal-

ten) von US\$ 87,4 Mrd. an. Zum ersten Mal wird dieses Auslandsvermögen aufgliedert in Direktinvestitionen, Bankeinlagen, Handelsforderungen, Portefeuilleinvestitionen und Geldscheinen, wie aus nachfolgender Aufstellung hervorgeht:

Argentinisches Auslandsvermögen Ende 1997

	Vermögen US\$ Mrd.	Renten %	US\$ Mrd.
Direktinvestitionen	18,4	0,65	
Immobilien	5,7	3,0	0,17
Uruguay	3,8		
Andere Länder	1,9		
Andere Investitionen	12,9	3,8	0,48
Bankeinlagen	20,9	5,6	1,18
BIZ	16,3		
Uruguay	4,6		
Handelsfinanzierungen	2,7	2,9	0,08
Portefeuille-Investitionen	24,4	5,2	1,27
Wertschriften in USA	5,0		
Aktien	3,2		
Unternehmensbonds	0,8		
Staatsbonds	1,0		
Wertschriften in anderen Ländern	19,4		
Aktien	6,8		
Bonds	12,6		
Zusammen: Aktiven mit Erträgen	66,4	3,20	
Aktiven ohne Erträge (Geldscheine)	21,0		
Gesamtvermögen	87,4		

Die Aufstellung ist insofern aufschlussreich, als sie zum ersten Mal darüber Bericht erstattet, welchen Marktwert die Immobilien argentinischer Residenten in Uruguay, vornehmlich Punta del Este, und anderen Orten (Buzios, Miami, etc.) besitzen, deren Erträge von 3% per annum sicherlich angenommene Mieten von Ferienwohnungen sind. Andere Direktinvestitio-

nen sind Anlagen von Unternehmen im Ausland, deren Beträge aus den Bilanzen hervorgehen. Die Einlagen argentinischer Residenten, die selber keine Banken sind, in Auslandsbanken werden von letzteren der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel rapportiert, die sie nach Ländern konsolidiert und in ihrem Bulletin veröffentlicht. Die Einlagen

in Uruguay beziehen sich auf offshore-Banken, die sie anderenorts investieren, zumeist in USA. Die uruguayische Regierung gibt darüber Auskunft.

Die Handelsfinanzierungen beziehen sich auf Exporte argentinischer Firmen. Bei den Portfeuille-Investitionen fällt auf, dass die USA nur mit US\$ 5,0 Mrd. gegen US\$ 19,4 Mrd. anderer Länder, lies zumeist Europa, angeben werden. Das zeigt abermals die enge Verflechtung Argentiniens mit Europa, wie sie auch aus dem gegenseitigen Warenverkehr hervorgeht.

Interessant ist die Angabe von US\$ 21,0 Mrd. an Aktiven ohne Erträge, eine Umschreibung der Geldscheine in US-Dollar, die in Argentinien privat gehalten werden. Für 1992 hat-

Eine Eisenbahnverbindung von Bahía Blanca nach Chile

Seit einiger Zeit werden zwei äusserst fragwürdige Eisenbahnprojekte vorangetrieben: eines soll von Bahía Blanca südwärts führen, die patagonischen Häfen verbinden und dann mit einem Ferry-Boot nach Feuerland kreuzen; das andere soll von Bahía Blanca nach Neuquén und von dort über die Kordillere nach Chile führen. Beide Projekte wurden unlängst durch Dekret 346/99 „von öffentlichem Interesse“ erklärt. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Eisenbahn nach Chile im Mai auszuschreiben.

Hier geht es konkret um folgendes: die bestehende Eisenbahnstrecke von Bahía Blanca nach Rio Colorado, General Roca, Neuquén, Plaza Huincul und Zapala, soll erneuert werden und nach Lonquimay, in Chile, und dann nach Talcanhuano, am Pazifik, führen. Die neue Strecke ist etwa 200 km. lang. Die Investition wird auf rund US\$ 300 Mio. Dollar veranschlagt, von denen Argentinien und Chile zu gleichen Teilen beitragen. Dabei entfällt der grösste Teil der Investition auf die 130 km. von Zapala bis zur chilenischen Grenze. Die Überquerung der Kordillere ist nicht einfach, wegen der Steigung und weil zahlreiche Kurven notwendig sind, um die Täler zwischen den Bergen zu nutzen. Ausserdem soll die Ortschaft San Antonio, an der patagonischen Küste, direkt mit General Roca verbunden wer-

den, wie erinnerlich, die US-Federal Reserve in einer Studie US\$ 40 Mrd. geschätzt, die in den Jahren der Hyperinflation ab 1988 in Argentinien gelandet waren. Vergleicht man Geldscheine in US\$ für 21,0 Mrd. mit dem Umlauf von nahezu \$ 15,0 Mrd. in Landeswährung, dann kommt nochmals deutlich die „de facto“-Dollarisierung der argentinischen Wirtschaft als Erbe der langjährigen Hochinflation der siebziger und achtziger Jahre zum Ausdruck.

Hier liegt somit immer noch eine stille Reserve der argentinischen Wirtschaft verborgen, die sich dem Bankenverkehr einverleiht, sobald das Vertrauen sich voll und ganz gefestigt hat, das die Hyperinflation seinerzeit gründlich zerrüttet hatte.

den, um die Strecke nach Chile direkt nutzen zu können. Die Investitionen zur Verbindung dieser Eisenbahnstrecke mit anderen Städten und Dörfern fallen in Argentinien dem Privatunternehmen Ferrosur Roca und in Chile dem Staatsunternehmen Ferrocarriles del Pacífico zur Last.

Der Präsident der Handelsbörse von Bahía Blanca, Carlos Areco, erläuterte in der Zeitung „El Cronista“, dass letzte Woche in jener Stadt ein Kongress über dieses Projekt durchgeführt worden sei, unter der Schirmherrschaft der Handelsbörse, der Hafenverwaltung und der Gemeindeverwaltung der Stadt Bahía Blanca, an dem sich etwa 150 Personen beteiligt haben, die allerlei Branchen und Unternehmen vertraten. Das Projekt sei auch in den USA vor Unternehmen vorgestellt worden und angeblich unter 125 Projekten ausgewählt worden, die die USA-Regierung dieses Jahr unterstützen wird.

Dieses Projekt gründet sich auf einem zunehmenden Handelsaustausch mit Chile, wobei auch davon die Rede ist, dass der Handel mit Brasilien dann über den Hafen von Bahía Blanca geht. Es ist jedoch fragwürdig, ob der Schifftransport über die Magellanstrasse nicht billiger ist, umso mehr als durch die Entladung eines Schiffes in Bahía Blanca und die Aufladung auf die Eisenbahn als zusätzliche Kosten hinzukommen.

Dieses Projekt wurde vom Wirtschaftsministerium nicht studiert, wie es gesetzlich vorgesehen ist. Die Fachleute haben weder die Wirtschaftlichkeit ermittelt, noch die Priorität dieser Investition festgesetzt. Die Eisenbahnstrecke, die nach Süden bis Feuerland führt, soll als Konzession unter striktem Ausschluss von Staatssubventionen gebaut werden, so dass sie höchstwahrscheinlich nie gebaut werden wird. Diejenige nach Chile hingegen ist eine Staatsinvestition, die somit auch dann gebaut würde, wenn sie nachher subventioniert werden muss und auf alle Fälle das investierte Kapital nie amortisiert noch verzinst.

In letzter Zeit wird die 1994 durch Gesetz vorgeschriebene Projektstudie und Festsetzung von Prioritäten überhaupt nicht angewendet. Das führt dazu, das lauter unsinnige Projekte vorgebracht und zum Teil dann sogar in Angriff genommen werden: die Brücke über den Rio de la Plata, von Punta Lara nach Colonia; die Autobahn von Buenos Aires, die Zárate mit dem Brückenkopf verbindet; die Brücke über den Paraná, von Rosario nach Victo-

ria; der Föderale Kanal, der von Rio Hondo, in Santiago del Estero südwärts führt, dann nach Westen nach Catamarca abbiegt und von dort nach Süden, nach La Rioja, weitergeht; die sogenannte „Justizstadt“; und jetzt diese patagonischen Eisenbahnen. Gleichzeitig ist in der Regierung von einer Ausgabenkürzung die Rede, weil das Geld nicht reicht, wobei schon seit geraumer Zeit die Instandhaltungsarbeiten der bestehenden Überlandstrassen (die nicht in Konzession vergeben worden sind) nicht durchgeführt werden, und diese Strassen sichtlich verkommen, was dann viel höhere Ausgaben verursacht. Es ist gefährlich, diese Projekte fortschreiten zu lassen, wobei manche dann auch begonnen werden. Es ist eine alte Methode der Projektbefürworter, einen kleinen Betrag in ein Budget einzusetzen, wobei dann automatisch in den nächsten Budgetgesetzen der Betrag steigt. Also muss sich der Wirtschaftsminister darum kümmern, dass diese Projekte von Anfang an beiseite gelassen werden, indem sie eingehend studiert und durch einen Fachbericht begraben werden.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristdepósitos auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,76% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 12,7% auf 516,18, der Burcapindex um 7,1% auf 904,35 und der Börsenindex um 7,7% auf 19.559,54.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 1,2% auf \$ 0,7700.

Das Verlagshaus Perfil hat der französisch-kanadischen Quebecor das Druckrecht auf 10 Jahre für die Zeitschriften Noticias, Caras, Luna, Espectador, Mia, Semanario, Weekend, Super Campo u.a. für US\$ 5,2 Mio. und die Maschinen- und Anlagenpark für US\$ 12,45 Mio. verkauft. Die Druckerei für Zeitungen wie La Razón ist von dem Verkauf nicht betroffen. Quebecor setzt weltweit US\$ 3,8 Mrd. im Jahr um und wird in 3 Jahren US\$ 10 Mio. in Neueinrichtungen investieren.

Für die internationale Aus-

schreibung der Transformatorstation von 500 kV auf 132 und 33 kV in Macachín, Provinz La Pampa, haben sich 8 bis 9 Unternehmen eingetragen. Das Vorhaben ist mit US\$ 37 Mio. veranschlagt, davon US\$ 24 Mio. für die Trafostation und der Rest für die Netzanschlüsse, wie der Unterstaatssekretär für Bauten der Provinz bekanntgab.

Die ZB gab bekannt, dass die Kunden der Mendoza Bank bereits über ihre Einlagen verfügen können. 9 Banken haben 62 Filialen übernommen, deren Kunden automatisch Kunden der Käuferbanken sind. Die Beiträge der Depositengarantie Sedesa werden wie üblich in Tranchen gezahlt.

Scotiabank Quilmes hat als erste Tranche ihres US\$ 250 Mio.-Programms für mittelfristige Obligationen mit einem commercial paper für US\$ 50 Mio. aufgelegt. Die Jahresrendite beträgt 8,75%.

Tecnin Rosenbauer, die Anlagen für die Feuerbekämpfung herstellt, hat 137 Löschwagen für US\$ 22 Mio. nach Ecuador geliefert. Es ist die grösste Ausfuhr Argentiniens dieser Art und stellt 10% des Handelsaustausches mit Ecuador

dar. Die Firma hat bereits 400 Löschwagen, Krane, Ambulanzen, Wassertank-Lkw und Hilfsfahrzeuge nach Chile, Paraguay, Honduras, Senegal, Peru, Brasilien, Bolivien, Uruguay und Ecuador ausgeführt.

A. Guadagni, Staatssekretär für Industrie, Handel und Bergbau, gab bekannt, dass die bedeutendsten Unternehmen der Bereiche Industrie, Erdöl, Bergbau, Handel und Dienstleistungen 1999 in Argentinien US\$ 7 Mrd. investieren werden. 55% der befragten Unternehmen führen ihre Investitionspläne unverändert durch, 20% haben sie erhöht. Investitionsverringerungen aufgrund der internationalen Konjunkturlage und dem Preisverfall bei ihren Erzeugnissen wurden bei der Kfz-Branche, Erdölunternehmen und im Bergbau angekündigt.

Durch Beschluss 457/99 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 20.4.99) wurde der Zoll auf Zucker für die Mercosurstaaten um 10% des für Drittländer geltenden Satzes verringert. Das ist eine Konzession an Brasilien, um das Präferenzprinzip zu honorieren. Dennoch bleibt der Zollsatz auch für Zucker aus Brasilien hoch, was mit dem Bestehen hoher Subventionen in Brasilien begründet wird.

Durch Beschluss 458/99 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 20.4.99) wurde für Walzstahl, nicht gewalzten Stahl mit 600mm oder mehr Breite und bestimmten technischen Merkmalen, der aus Brasilien, Russland und der Ukraine importiert wird, ein Mindestpreis von US\$ 410 festgesetzt. Ausgenommen werden die Stahlrollen, die für Kaltwalzwerke bestimmt sind.

Die Unternehmen, die Wasserkraftwerke am oberen Lauf des Limay betreiben, haben Schwierigkeiten. Einmal ist der Wasserstand wegen der geringen Regenfälle (der geringsten im ganzen Jahrhundert) anormal niedrig, so dass weniger Strom geliefert werden kann. Dann ist der Strompreis in den letzten Jahren stark gesunken, auf einen anormal niedrigen Stand. Die Firma, die „Piedra del Aguila“ betreibt, konnte somit Obligationen für US\$ 29,1 Mio. die verfallen, nicht zahlen. Am 28. Mai sind US\$ 94.6 Mio. an Eurobonds fällig und im Jahr 2.000 ist ein Kredit der Banco Nación für US\$ 97 Mio. fällig. Das Unternehmen gehört Chilgener (Chile), Transalte (Kanada) und Duke Energy (USA). Der Staat hält noch 39% des Kapitals, wobei dieses Aktienpaket jetzt schwer zu verkaufen ist. Auch die anderen Unternehmen, die Wasserkraftwerke in der Gegend betreiben, machen eine Durststrecke durch. Pichi Picún Leufú, das letzte der privatisierten

Wasserkraftwerke, wurde inzwischen fertiggestellt, der Stausee kann jetzt aber nicht im Wasser gefüllt werden.

Der Kauf der 12 Airbus-Flugzeuge (Modell A340) stellt für Aerolíneas Argentinas eine Investition von US\$ 1,7 Mrd. dar. Der Verkauf wird von einer grosszügigen Finanzierung begleitet.

Das Bauunternehmen B. Roggio e Hijos hat den Vertrag für die Errichtung eines 5sterne Hotels und eines Aparthotels für die internationale Hiltongruppe unterzeichnet. Es wird am Kai 3 von Puerto Madero gebaut und kostet US\$ 22 Mio. Die Finanzierung erfolgt durch das South Convention Center und A. González, dem ehemaligen Inhaber von Imágenes Satelital. Der Bau wird 9 Stockwerke hoch sein und 452 Zimmer sowie verschiedene Suites, einschliesslich einer Präsidentensuite, haben. Sport- und Entspannungseinrichtungen, Konventions- und Versammlungsräume sind vorgesehen. Das Apart Hotel wird 92 Wohnungen verschiedener Grösse für Manager und Unternehmer haben.

7 Fischereikammern fordern gemeinsam die Wiedereinführung der Ausfuhr-Rückvergütungen. Die Hochseefischer, die 80% ihres Fangs ausführen, klagen über geschrumpfte Weltmarktpreise, Ökomaassnahmen wegen der Überfischung beim Seehecht (Merluza) und erhöhten Steuerdruck durch die Steuer auf mutmassliche Gewinne, auf Zinsen und für den Lehrerfonds.

Durch Beschluss 70/99 des Sekretariats für öffentliche Bauten (Amtsblatt vom 20.4.99) wurde als optimale Lösung für den Bau einer Autobahnverbindung entlang des Hafens von Buenos Aires, die von Retiro bis zur Südautobahn führt, ein Tunnel unter den Hafendocks gewählt, gemäss dem Projekt, das die Firma „Grupo Torcello S.A.“ vorgelegt hat. Da die Firma Coviare, die die Autobahn nach der Südzone (bis Florencia Varela) betreibt, ein Anrecht auf diese neue Autobahn hat, wird sie in diesem Beschluss aufgefordert, sich binnen 60 Tagen mit der Regierung über die Änderung der ursprünglichen Konzession zu einigen. Die Tunnel-Autobahn soll etwa 4.800 Meter lang und 160 Meter breit sein und ausserdem eine Untergrundbahn enthalten, die Retiro mit Constitución verbindet. Wenn in zwei Monaten das legale Problem gelöst worden ist, wird dann gelegentlich dieses Projekt ausgeschrieben werden.

Zur Beschleunigung der Abfertigung der Fluggäste soll ab Juni das Gepäck derselben, statt von Zollbeamten geöffnet, elektronisch durchleuchtet werden. Wie Zollgeneraldirektor De Virgilio

erklärte, wird dann das Gepäck nur in Zweifelsfällen geöffnet. Die Prüfmethode soll in allen internationalen Flughäfen auf den Post- und Warenverkehr ausgedehnt werden. Die rd. 40 Geräte wurden vom Konzessionär Aeropuertos Argentinos 2000 erworben und sollen Mitte Mai eintreffen.

Das Stromverteilungsunternehmen Edesur unterwirft sich der Verfügung der Überwachungsbehörde Enre und wird in den nächsten Tagen rd. 120.000 Kunden einen zusätzlichen Schadenersatz von \$ 40 Mio. wegen des Stromausfalls im vergangenen Februar bezahlen. Bisher hat die Firma rd. \$ 25 Mio. durch Rechnungsgutschriften und weitere \$ 10 Mio. an Bussen bezahlt. Edesur teilte an der Börse die Bezahlung von insgesamt \$ 75 Mio. mit.

Das Wirtschaftsministerium der Provinz Mendoza gab die Ausschreibung für die Konzession der Hotels von Potrerillos, das auf 4 Sterne verbessert werden soll, von Tupungato auf 3 Sterne und der Gastwirtschaft von Puente del Inca auf 3 Sterne, bekannt. Die Lastenhefte kosten \$ 2.000, die Konzessionsdauer ist auf 15 Jahre mit möglicher Erweiterung auf weitere 10 Jahre vorgesehen. Die Aufrechterhaltungsgarantie für das Angebot beträgt \$ 60.000, die Erfüllungsgarantie 40% der verpflichteten Investitionen. Die Lastenhefte liegen auf, die Vorklassifizierung erfolgt am 8.6.99, der Zuschlag am 28.6.99.

Der Senat hat das Gesetz über Staatsgarantien für Bankkonten, auf denen Gehälter deponiert sind, angenommen. Damit sollen die fälligen Gehälter, im Fall der Schliessung einer Bank, gesichert werden. Die bereits deponierten Gehälter müssen innerhalb von 5 Arbeitstagen zur Verfügung gestellt werden.

Das Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau hat 14 Unternehmen mit Bussen von insgesamt \$ 70.200 wegen Verstössen gegen Verordnungen über Verbraucherschutz belegt. Darunter Wal-Mart wegen unrichtig etikettierter Waren mit \$ 15.000, Sevel Argentina wegen Nichterfüllung einer Kfz-Garantiereparatur in Form und Frist mit \$ 10.000, Ford Argentina mit \$ 6.000, Unilever mit \$ 15.000 und die private Krankenkasse Freedem mit \$ 8.000. Auch erklärte sie eine Vertragsklausel derselben als missbräuchlich, die der Krankenkasse ermöglichte, ohne Angabe von Gründen einseitig den Vertrag zu lösen.

H. Roggero, Vorsitzender der Regierungsfraktion im Abgeordnetenhaus, der an einem Kongress der Weltorganisation für geistiges Eigentum in Genf teil-

nimmt, wies die Möglichkeit von Sanktionen oder Beschwerden gegen Argentinien in dieser Frage zurück. Er gab allerdings zu, dass eine neue Gattrunde in November neuerdings die Patentgesetzgebung vieler Länder als Diskussionsthema haben wird.

Southern Cross, der grösste private Investmentfonds Lateinamerikas, der 1998 von dem ehemaligen Generaldirektor der Brauerei Quilmes, N. Morita, mit M. Pinsky und R. Rodríguez gegründet wurde, hat in dem Proseur International benannten Joint venture mit Merrill Lynch als Minderheitspartner das Geldtransportunternehmen Juncadella erworben. Hauptinvestoren von Southern Cross, die sich auch für die Übernahme des Textil- und Schuhunternehmens Alpargatas interessiert, sind die Schweizerische Bankgesellschaft, die kanadische Onex und der KKR-Investmentfonds, USA. Juncadella hat bei Geldtransporten 85% Marktanteil, setzt US\$ 400 Mio. im Jahr um und betreibt Niederlassungen in Brasilien, Peru, Chile, Uruguay, Paraguay und Bolivien.

Ungünstige Witterungsbedingungen und eine geringere Saatfläche lassen eine um 15% bzw. 8 Mio. t geringere Ernte als im Vorjahr 1997/98 erwarten. Das Landwirtschaftssekretariat gab eine Schätzung von 58 Mio. t (Vorj. 66 Mio.) bekannt. Die grösste Verringerung, von 15,3 Mio. t auf rd. 10 Mio. t, wird aufgrund der geschrumpften Weltmarktpreise bei Weizen erwartet. Die Maisesernte soll um 12,6% geringer werden. Bei Sonnenblumen wurde um 14,2% mehr ausgesät als im vorherigen Erntejahr, allerdings werden schlechtere Ergebnisse erwartet. Nur die Schätzungen für Sojabohnen und Reis übertreffen die Vorjahresernten.

Das Regierungsdekret 397/99 erweitert die Massnahmen des Dekretes 35/99 für den Kfz-Taxiplan. Statt 20% Preisabschlag sollen nun für Pkw zur Verschrottung, bei Kauf eines neuen Pkw heimischer Fertigung, \$ 4.000, für Nfz, \$ 6.000 und für schwere Lkw \$ 18.000 gutgeschrieben werden. Das Industriesekretariat gab bekannt, dass es in Argentinien 2,8 Mio. Kfz gibt, auf die die Fördermassnahme angewendet werden kann. Bei dem ersten Kfz-Tauschplan wurde mit 50.000 Kfz im ersten Jahr gerechnet, bei diesem werden 80.000 genannt.

Durch Notstandsdekret wurde dem Staatssekretariat für natürliche Ressourcen (geleitet von María Julia Alsogaray) gestattet, öffentliche Investitionen für Hydraulik für US\$ 423 Mio. durch das Schatzamt zu garantieren. Die Hälfte des Betrages wird für den

Föderalen Kanal bestimmt. Damit die Garantie Sinn hat, müsste der Kanal durch ein Privatunternehmen im Rahmen einer Konzession gebaut werden, was bisher nicht vorgesehen war. Es ist sehr fragwürdig, ob dieser Kanal rentabel ist, so dass eine Konzession nur mit Subventionen möglich ist. Wenn es sich um eine Staatsinvestition handelt, dann bedeutet die Garantie des Schatzamtes nur, dass eine zusätzliche Ausgabe des Staates mit einem Kredit finanziert wird, der das Defizit erhöht.

Durch Dekret wurde der neue Vertrag mit Metrovias genehmigt, dem Unternehmen, das das Untergrundbahnnetz von Buenos Aires und die Urquiza-Vorortseisenbahn betreibt. Die Konzessionsdauer wird um 4 Jahre verlängert und läuft jetzt bis zum Jahr 2017. Das Unternehmen verpflichtet sich, einen Investitionsplan für US\$ 1,4 Mrd. durchzuführen und zu finanzieren. Auf der anderen Seite wird eine stufenweise Erhöhung des Untergrundbahntarifes genehmigt, der unmittelbar von 50 auf 60 Cents steigt, nächstes Jahr auf 70 Cents und im Jahr 2001 auf 75 Cents. Vom Tarif gehen 2,1 Cents an einen Fonds, den die Stadtverwaltung für die Infrastrukturarbeiten verwenden wird, da der Tunnelbau ihr zur Last fällt.

Das Kontrollorgan für die Wasserversorgung in der Bundeshauptstadt und Umgebung, ETOSS („Entre Tripartito de Obras y Servicios Sanitarios“) genehmigte die Schaffung einer Kommission, die durch Vertreter der Konsumentenverbände gebildet wird, die nicht bindende Empfehlungen abgeben soll.

Das Unternehmen Aceros Zapla S.A., das aus dem ehemaligen Unternehmen „Altos Hornos Zapla“ nach der Privatisierung hervorging, und jetzt vom Citicorp Equity Investments (CEI) kontrolliert wird, hat das Schutzverfahren für Krisensituationen eingeleitet, das ihr erlaubt, die Belegschaft von 1.250 Personen um 30% zu verringern. Der Absatz ist wegen des Produktionsrück-

ganges der Kfz-Industrie stark gefallen. Aceros Zapla liefert Edelstahl. Ausserdem hat eine Überschwemmung am 24. Januar das Werk einen Monat stillgelegt. Die Firma fordert ausserdem einen Kredit von der Regierung.

Gouverneur Duhalde bestätigte, dass Rodolfo Frigeri, Nationaldeputierter und Vorsitzender des BAPRO-Konzerns wieder die Leitung der Bank der Provinz Buenos Aires direkt übernehmen wird, nachdem der bisherige Präsident, Carlos Sánchez, zurückgetreten ist. Frigeri erhielt letzte Woche schon die Genehmigung der Deputiertenkammer, um gleichzeitig als Deputierter zu verbleiben. Frigeri war schon Präsident der Bank von 1991 bis 1997 und muss ohnehin zurücktreten, wenn am 10. Dezember ein neuer Gouverneur antritt. Duhalde wollte eben für wenige Monate nicht einen neuen Mann für diesen Posten ernennen.

Das Schatzamt im März			
Kassenergebnis in \$ Mio., ohne Banken, ohne Privatisierungen			
	März '98	März '99	
Schatzamt ohne ehemalige Provinzrentenkassen	-284,4	-632,8	
Zweckbestimmte Mittel	4,4	11,4	
Dezentralisierte Körperschaften	-1,4	19,5	
Sozialversicherungsämter	20,4	-77,7	
Staatsverwaltung	-261,0	-679,6	
Ehemalige Provinzrentenkassen	-99,2	-103,4	
Erweiterte Staatsverwaltung	-360,2	-783,0	
Staatsbetriebe und andere	2,9	7,3	
Gesamtergebnis Öffentl. Hand ohne Banken	-357,3	-775,7	
Gesamtergebnis ohne Privatisierungen			
Differenz	Ergebnis		IWF-Programm
	1. Quart. '99	1. Quart. '99 a-b	
	(a)	(b)	
Ergebnis Öffentliche Hand ohne Banken	-1.361,2		
ZB-Ergebnis (IWF-Schätzung)	93,0		
Gesamtergebnis	-1.268,2	-1.300,0	31,8
Quelle: Schatzamt			

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank								
(in Milliarden Pesos)								
	23.1.99	8.2.99	15.2.99	22.2.99	1.3.99	22.3.99	26.3.99	12.4.99
Gold, Devisen u. Anlagen	24,33	24,48	24,57	24,73	24,53	24,16	24,24	24,32
Staatspapiere	1,74	1,64	1,66	1,68	1,68	1,64	1,63	1,64
Internat. Reserven ZB	28,07	26,12	26,23	26,41	26,21	25,80	25,87	25,96
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	6,67	7,56	7,30	6,79	6,80	7,00	7,35	7,03
Währungsreserven des Finanzsystems	32,74	33,68	33,54	33,20	33,01	32,80	33,24	32,99
Notenumlauf	14,33	15,06	15,44	14,63	14,71	14,45	14,08	14,74
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,13	0,03	0,03	0,01	0,02	0,01	0,01	0,11
Monetäre Passiven	14,46	15,10	15,47	14,64	14,73	14,46	14,09	14,84
Nettosaldo Swaps	9,65	9,27	8,99	10,25	9,94	9,73	10,16	9,52
Depositen der Regierung	1,83	0,94	1,96	1,52	2,63	2,44	2,14	2,33
Finanzpassiven	24,41	24,37	24,47	24,88	24,67	24,19	24,25	24,36
Quelle: Zentralbank								